



Berlin, 10. Oktober 2025

Pressemitteilung

Autogipfel: UNITI begrüßt Bekenntnis der Bundesregierung für Technologieoffenheit im Straßenverkehr

Der gestrige Autogipfel mit Vertretern aus Politik, Automobilindustrie und Gewerkschaften in Berlin zeigte eine große Einigkeit unter den Teilnehmern in Fragen der zukünftigen Antriebsregulierung: Das EU-weite faktische Verbrenner-Verbot im Jahr 2035 soll zurückgenommen sowie mehr Flexibilität und Technologieoffenheit in der Regulierung zugelassen werden. Aus UNITI-Sicht stellt das ein wichtiges Signal an die EU-Kommission dar, die aktuell die CO₂-Flottenregulierung für Pkw überarbeitet.

Die Bundesregierung hat zum Abschluss des Autogipfels erklärt, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Automobilindustrie nur gestärkt sowie Wertschöpfung und Beschäftigung nur gesichert werden können, wenn auf dem Weg hin zur Klimaneutralität Rahmenbedingungen technologieoffen und flexibel gestaltet werden. Ihr Ziel sei es, dass die EU-Kommission bei der Überprüfung der CO₂-Flottengrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge noch vor Ende 2025 konkrete Vorschläge für entsprechende Rahmenbedingungen vorlegt. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Durch den Schulterschluss der Bundesregierung, der Automobilindustrie und der Gewerkschaften sendet Deutschland als größtes EU-Mitgliedsland ein klares und wichtiges Signal an die EU-Kommission im Rahmen der Überarbeitung der CO₂-Flottenregulierung auf Technologieoffenheit zu setzen. Die Bundesregierung muss sich nun für eine kluge und zielgerichtete Überarbeitung der CO₂-Flottenregulatorik einsetzen, die das Erreichen der Klimaziele ermöglicht und dabei zudem zur Sicherung des Automobilstandorts Deutschland und der damit verbundenen Arbeitsplätze beiträgt, die maßgeblich vom Verbrennungsmotor abhängen.“

Aus UNITI-Sicht ist es vor allem erforderlich, die der CO₂-Flottenregulierung zugrunde liegende Messmethodik zu überarbeiten. So sollte eine Bilanzierung der CO₂-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs und der verwendeten Antriebsenergie eingeführt werden, wie sie in anderen europäischen Regelwerken bereits Anwendung findet. Bisher werden durch Nutzung des so genannten Tailpipe-Ansatzes lediglich die Emissionen im Fahrbetrieb erfasst, was zu einer einseitigen regulatorischen Bevorzugung der batterieelektrischen Mobilität zum Nachteil anderer ökologisch sinnvoller Lösungen wie etwa erneuerbarer Kraftstoffe führt. Innerhalb der Verordnung der Pkw-Flottenregulierung muss zudem sichergestellt werden, dass die CO₂-Minderungswirkung von sämtlichen RED-konformen Kraftstoffen auf die CO₂-Reduktionsziele bei Neufahrzeugen angerechnet werden kann. Darüber hinaus sollte schnellstmöglich – wie in der EU-Regulierung vorgesehen – eine neue Fahrzeugkategorie eingeführt werden, die bereits vor 2035 die Zulassung von Verbrennern ermöglicht, bei denen nachgewiesen werden kann, dass deren zukünftiger Kraftstoffbedarf in Form nicht-fossiler Kraftstoffe im europäischen Kraftstoffmarkt bereits existiert.

„Auf EU-Ebene wird nun entscheidend sein, dass sich die Bundesregierung nicht auf faule Kompromisse in dieser Frage einlässt. Denn mit solchen würden die Probleme der Automobilindustrie nur zeitlich aufgeschoben aber nicht gelöst“, mahnt Elmar Kühn von UNITI. Zudem sieht UNITI es als

dringend geboten, eine technologieoffene Regulierung auch bei schweren Nutzfahrzeugen wie Lkw und Bussen durchzusetzen, da auch hier zukünftig ein faktisches Neuzulassungsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor gilt. Dabei sind bereits heute erneuerbare Kraftstoffe wie Diesel-HVO oder Bio-LNG im Markt verfügbar, die einen realen Klimaschutzbeitrag für schwere Nutzfahrzeuge liefern.

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V. repräsentiert in Deutschland rund 90 Prozent des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen. Täglich frequentieren über 4,3 Millionen Kunden die ca. 8.650 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen, welche ca. 62 Prozent des Straßentankstellenmarktes ausmachen. Mit etwa 3.700 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem fast 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Wärme. Die Verbandsmitglieder decken rund 95 Prozent des Gesamtmarktes für flüssige und feste Brennstoffe ab. Ebenso zählen mit einem Marktanteil von über 95 Prozent die meisten Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland zum Verband. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 95 Milliarden Euro und beschäftigen rund 100.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt UNITI:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.